

Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB) vom 15. Oktober 2009: Bern setzt sich die „2000-Watt-Gesellschaft“ zum (mittelfristigen) Ziel; Fristverlängerung

Der Stadtrat hat mit SRB 428 vom 1. Juli 2010 folgende Motion erheblich erklärt:

Die Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf ist ein breit abgestütztes Ziel. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort zum Postulat „Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“¹ vom 16. September 2009 schreibt, ist die Realisierung der 4000-Watt-Gesellschaft für Bern bis zum Jahr 2035 realistisch, wofür rund ein Drittel des heutigen Energieverbrauchs eingespart werden müsste. Auch die Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft ist aufgrund verschiedener Studien technologisch machbar, sofern die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Für den Gemeinderat handelt es sich dabei um eine „mittelfristige Vision“ mit einem Zeitraum von 50 bis 100 Jahren. Der Gemeinderat erachtet die 2000-Watt-Gesellschaft nur für realisierbar, wenn eine internationale, nationale und interkommunale Zusammenarbeit erfolgt. In die gleiche Richtung gehen auch andere Städte wie Zürich, Basel, Genf und auch diverse Kantone wie z.B. Bern oder Freiburg.

Die Stadt Bern hat im Bereich Energie bereits einige Innovationen und auch eine Vorreiterrolle aufzuweisen (erste grosse Energiestadt der Deutschschweiz, Atomausstieg als erklärtes Ziel auf das Jahr 2039, Realisierung eines Energierichtplans, Aktion 100 Solardächer, Klimaplattform mit der Wirtschaft, Gebäudesanierungsprogramm etc.). Aufgrund all dieser Aktivitäten hat die Stadt Bern das Potential sich weiterhin als Pionierstadt im Bereich Klima und Energieeffizienz zu positionieren. Aus diesem Grund (und in Anerkennung der bereits geleisteten oder eingeleiteten Massnahmen und Projekten) erscheint es sinnvoll, dass sich die Stadt für die mittel- und langfristige Zukunft ambitionierte Ziele setzt. Dafür soll die Verringerung des Energieverbrauchs in der Gemeindeordnung als Zielvorhaben verankert und die dafür notwendigen Mittel für die Realisierung geschaffen werden. Dabei sind insbesondere auch der Nutzen und die Potentiale für die Stärkung der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Region Bern einzubeziehen. Die Wichtigkeit das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung zu verankern, zeigt auch die Studie des Büros INFRAS auf, welche in einer Potentialanalyse für die Region Bern rund 300 neue Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz für realistisch hält.²

1. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Änderung der Gemeindeordnung in dem Sinne vorsieht, damit die Verringerung des Energieverbrauchs im Sinne der „2000-Watt-Gesellschaft“ als Ziel in der GO verankert wird.

¹ Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (1) auf dem Weg zur 2000-Watt Gesellschaft; <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.7878180428/file>

² Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB) vom 6.9.2007: Klimafreundliche Stadt Bern (3): Energieeffizienz schafft Beschäftigung und Arbeitsplätze: Potentialanalyse für Bern (07.000312) <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.6939989221/file>

2. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die konkrete Umsetzbarkeit dieses Ziels und die notwendigen politischen Entscheide dafür aufzeigt. Für notwendige Entscheide im Kompetenzbereich von Stadtrat und Stimmbevölkerung sind die notwendigen Beschlüsse zu unterbreiten.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Kreditvorlage für die Schaffung der notwendigen personellen Ressourcen für die mittelfristige Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft vorzulegen. Neben der fachlichen Ebene soll auch die Kommunikation und Sensibilisierung für die Idee in der breiten Bevölkerung berücksichtigt werden.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt für die Konzeption und Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft eine enge Zusammenarbeit mit anderen Städten (z.B. über den Schweizerischen Städteverband), wenn nötig auch international und mit interessierten Gemeinden von Region oder Kanton Bern zu suchen und dabei Synergien zu nutzen.

Bern, 15. Oktober 2009

Motion Fraktion GB/JA! (Nathalie Imboden/Urs Frieden, GB), Aline Trede, Hasim Sancar, Cristina Anliker-Mansour, Christine Michel, Emine Sariaslan, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich der Wichtigkeit und Dringlichkeit einer schnellen Umsetzung der Inhalte der vorgelegten Motion bewusst und unterstützt die Anstrengungen zur Reduktion von klimaerwärmenden Emissionen und zur Reduktion des Energieverbrauchs. Dies zeigt sich insbesondere in den Legislaturzielen 2009 - 2013 und in der gemeinderätlichen Strategie 2020.

Wie bereits in seiner Antwort auf die Motion Fraktion GB/JA! vom 28. April 2010 ausgeführt, ist der Gemeinderat aber weiterhin der Ansicht, dass einzelne Gemeinden zwar wichtige Beiträge zur Zielerreichung leisten können, die Systemgrenze Gemeinde zur Umsetzung jedoch aus rechtlichen Gründen inadäquat ist. Im Rahmen der personellen und finanziellen Möglichkeiten sind deshalb alle Direktionen bestrebt, einen grösstmöglichen Beitrag zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft zu leisten. Nicht abschliessend seien hier einige Beispiele aufgezählt:

Projekt Stöckacker Süd:

Die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Bern baut im Westen von Bern eine Siedlung, welche die Vorgaben für 2000-Watt-kompatibles Bauen erfüllt. Die Siedlung bietet Platz für zirka 150 Wohnungen. Etwa 60 % werden Geschosswohnungen sein, 20 % sollen komplementäre Wohnformen ermöglichen (Lofts, Maisonette-Wohnungen) und 20 % sind für das hindernisfreie Wohnen im Alter vorgesehen. Es werden 2.5- bis 5.5-Zimmer-Wohnungen angeboten. Die neue Siedlung bietet grosszügige Freiflächen und soll bezüglich Energieeffizienz und Nachhaltigkeit vorbildlich sein. Die Siedlung ist sehr gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen und in der Nähe befinden sich Schulen, Sport- und Freizeitanlagen. Das Naherholungsgebiet des Könizbergwalds ist ebenfalls in einigen Fussminuten erreichbar.

Städtisches Umweltmanagement:

Seit 2011 bemüht sich die Fachstelle zusammen mit dem Beschaffungswesen im Auftrag des Gemeinderats - neben zahlreichen Projekten zur Reduktion der Umweltbelastung durch die Städtische Verwaltung, die diversen Beschaffungsbereiche mittels Unterstützung, Information, Koordination und Wissensvermittlung - Grundsätze der Nachhaltigkeit in Beschaffung und Bau einzubringen (Beschaffungsplattformen).

Wie dem zweijährlich erscheinenden *Statusbericht Umweltmanagement und Energiestrategie* zu entnehmen ist, schlagen sich diese Bemühungen in einer jährlichen Reduktion der durch die Tätigkeiten der Stadtverwaltung verursachten Umweltbelastungspunkte nieder. Der aktuelle Bericht wird Ende Juni 2012 vom Gemeinderat verabschiedet und anschliessend im Internet publiziert.

„Bürgerkraftwerk“:

Der Projektfonds der Lokalen Agenda 21 unterstützt eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern zur Umrüstung der Wärmeversorgung auf einen holzbetriebenen Nahwärmeverbund finanziell und mit fachspezifischem Wissen.

Projekt HyMove:

Die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün und die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie unterstützen gemeinsam eine mehrmonatige Testphase für den Betrieb einer Wasserstoff-Reinigungsmaschine. Sie ist momentan in der Stadt St. Gallen stationiert und wird anschliessend ab September 2012 in der Stadt Bern eingesetzt.

Richtplan Energie:

Die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie erarbeitet einen kommunalen Richtplan Energie, welcher als behördenverbindliches strategisches Steuerungsinstrument die städtische Energieversorgung auf vorwiegend erneuerbare Energie umstellt und eine markante Senkung des Energieverbrauchs in der Wärmeversorgung anstrebt. Die konkreten Ziele bis 2035 sind:

Bereich	Ziele
Wärmeerzeugung/Brennstoffverbrauch	-20 % gegenüber 2008
Anteil erneuerbare Energie bei der Wärmeversorgung	70 %
Stromverbrauch (Wachstumsbegrenzung)	Szenarium 2 + 5 % gegenüber 2008
	Szenarium 3 + 17.5 % gegenüber 2008
Anteil erneuerbare Energie bei der Stromlieferung	80 %
Bereitstellung von Treibstoff aus erneuerbarer Energie	5 %

Die Ziele in oben stehender Tabelle wurden vom Gemeinderat in einem Richtungsentscheid am 6. Juli 2011 verabschiedet. Mit der Erreichung genannter Ziele bis 2035 wird die Stadt Bern einen erheblichen Beitrag an die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft leisten. Die Zielerreichung bedarf allerdings einer umfassenden energiepolitischen, finanziellen und personellen Unterstützung und ist mit den aktuell vorhandenen Ressourcen nicht zu leisten.

Dies sind nur einige Beispiele der Bestrebungen der Stadtverwaltung, intern und extern in Richtung einer 2000-Watt-Gesellschaft zu wirken. Biogasbusse bei BERNMOBIL, Mobilitätsberatungen in Unternehmen, Recyclingarbeiten im Rahmen von Entsorgung und Recycling Bern, Ökoinfomobil, Iso-Zertifizierte Betriebe wie die Stadtgärtnerei oder die Schulzahnklinik,

das Engagement von Energie Wasser Bern (ewb) für erneuerbare Energien, die Klimaplattform der Wirtschaft und unzählige weitere Beispiele runden das Bild ab.

Der Richtplan Energie ist Mitte Juni 2012 als Schwerpunktgeschäft vom Gemeinderat behandelt worden. Das darauf folgende Vorgehen sieht folgende Schritte vor:

- Durchführung einer öffentlichen Vernehmlassung
- Prüfung durch den Kanton
- Allfällige Überarbeitung durch die Stadt Bern
- Genehmigung durch den Kanton
- und schlussendlich Inkraftsetzung durch den Gemeinderat.

Viele der grundsätzlichen Fragen, welche sich auch im Zusammenhang mit den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft stellen, werden im Richtplan Energie ebenfalls thematisiert. Es sind die zentralen Fragen, nach dem Umgang mit natürlichen Ressourcen, den Zuständigkeiten und Pflichten übergeordneter Instanzen, dem CO₂-Ausstoss, den Kosten und dem Kostenteiler, der sozialen und wirtschaftlichen Akzeptanz, den Systemgrenzen, den rechtlichen Möglichkeiten und Restriktionen. Schliesslich hat der Richtplan Energie das Ziel, einen möglichst grossen Beitrag zur Verwirklichung der 4000-Watt-Gesellschaft bis 2035 beizutragen. Die 4000-Watt-Gesellschaft ist zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft ein Zwischenziel, welches in einem überschaubaren Planungszeitraum von gut 20 Jahren sportlich, aber realistisch ist. Damit diese Synergien und die personellen Ressourcen optimal genutzt werden können, ist deshalb als Voraussetzung für die Erfüllung der Motion die vorgängige Inkraftsetzung des Richtplans Energie zwingend.

Fazit

Mit der Inkraftsetzung des Richtplans Energie ergeht an die Stadtverwaltung der Auftrag, mit der Umsetzung der notwendigen Schritte zur Zielerreichung der 4000-Watt-Gesellschaft im Bereich Energie zu beginnen. Die dazu notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen können dank der Ähnlichkeit der Zielsetzungen dieser Motion und des Inhalts der Richtplanung für beide Geschäfte optimal koordiniert werden. Es wird deshalb eine Fristverlängerung für die Erfüllung der Motion von zwei Jahren beantragt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Mit der Fristverlängerung und der Kombination der Umsetzung des Richtplans Energie und den Aufträgen aus dieser Motion können Synergien genutzt und Abläufe koordiniert werden. Ein Eintreten auf die Fristverlängerung hat deshalb einen positiven Einfluss auf die Kosten und die optimale Nutzung der Personalressourcen zur Folge.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB) vom 15. Oktober 2009: Bern setzt sich die „2000-Watt-Gesellschaft“ zum (mittelfristigen) Ziel; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende Juni 2014 zu.

Bern, 27. Juni 2012

Der Gemeinderat